

Gemeinsame Pressemitteilung vom 4. Januar 2012

vom BUND und der Bürgerinitiative „Atomkraftfrei leben in der Uckermark“ (AFLUM)

Mehr als 50000 Einsprüche gegen AKW-Bau in Polen. Verbände für Energiewende im Nachbarland

Berlin: Mehr als 50000 Bundesbürger haben bei den polnischen Behörden Stellungnahmen, Widersprüche und Einwendungen gegen einen Einstieg des Nachbarlandes in die Atomkraftnutzung eingereicht. Dies teilten der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die Bürgerinitiative „Atomkraftfrei leben in der Uckermark“ (AFLUM) bei der Übergabe der Einwendungen an die polnische Botschaft in Berlin mit. Die Stellungnahmen und Einwendungen wurden über das Internet bzw. in schriftlicher Form vom BUND, AFLUM, dem Naturschutzbund NABU und dem Umweltinstitut München gesammelt.

Die polnische Regierung plant den Bau von mindestens einem Atomkraftwerk bis 2020. Wahrscheinlichster Standort dafür ist Zarnowiec, ein rund 250 Kilometer von der deutsch-polnischen Grenze entfernter Ort an der Ostseeküste in der Nähe von Gdansk. Bürger und Behörden aus Deutschland hatten im Rahmen der von der EU vorgeschriebenen „Strategischen Umweltprüfung“ bis heute Gelegenheit, bei den polnischen Behörden Stellungnahmen und Einsprüche zu diesen Plänen einzureichen. Die Kritik der meisten Einwender richte sich gegen das polnische Atom-Programm in seiner Gesamtheit und gegen die unzureichende Qualität des von den Behörden des Nachbarlandes durchgeführten Umweltprüfungsverfahrens, teilten die Verbände mit.

„Die mangelhafte Untersuchung von Alternativen zur Atomkraft und völlig unrealistische Katastrophenszenarien lassen die seitens der polnischen Behörden vorgenommene Umweltprüfung höchst fragwürdig erscheinen“, sagte der BUND-Atomexperte Thorben Becker. Er bat die polnischen Behörden, die Einwendungen aus Deutschland genau zu analysieren und den Einstieg in die Atomkraftnutzung zu überdenken. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck und Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich seien aufgefordert, bei ihren polnischen Amtskollegen gegen die Pläne zum Bau von Atomkraftwerken Stellung zu beziehen.

„Mit den voraussichtlich rund vier Milliarden Euro für ein neues Atomkraftwerk lassen sich die weitgehend ungenutzten Potentiale der Wind-, Wasser- und Solarenergie in unserem Nachbarland sehr gut erschließen“, sagte Becker. „Anstatt in eine Technologie von vorgestern zu investieren, wäre es geboten, das viele Geld in den Umbau der Energieversorgung zu stecken. Das würde auch der Sicherheit der Menschen in Mitteleuropa und dem Klimaschutz dienen“, so Becker. Sämtliche Probleme der Atomkraft, vom Uranabbau über die Gefahren des Reaktorbetriebs bis zur ungeklärten Endlagerung stellten sich in Polen genauso wie in Deutschland und anderswo auf der Welt. Erst vor einem Jahr habe der Fukushima-Gau die enormen Gefahren der Atomenergienutzung erneut deutlich gemacht, sagte Becker.

Pressekontakt: Thorben Becker, BUND-Energieexperte, Tel. 030-27586-421 bzw. Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher, Tel. 030-27586-425/-489, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net